

Die Parteiorganisation beim Rat, des Kreises diskutierte auf ihrer Berichtsversammlung auch über die Arbeit der Beauftragten. Die Genossen vertraten den Standpunkt, daß es hier eine bessere Kontrolle geben muß. Natürlich muß kontrolliert werden, wie Mitarbeiter des Staatsapparates ihnen erteilte Aufträge erfüllen. Selbstverständlich muß sich die Parteiorganisation auch mit den Genossen beschäftigen, die bei der Erfüllung ihrer Arbeitsaufträge ideologischen Auseinandersetzungen aus dem Wege gehen und nicht an den Diskussionen und Auseinandersetzungen auf den Dörfern teilnehmen. Wir sind aber der Meinung, daß die Genossen noch einen weiteren Schritt tun müssen. Es gehört zu den Aufgaben einer Parteiorganisation im Staatsapparat, sich auch darum zu kümmern, ob das Gesetz über die Vervollkommnung und Vereinfachung der Arbeit des Staatsapparates richtig verstanden und durchgeführt wird. Die BPO beim Rat sollte z. B. den Genossen Ratsmitgliedern empfehlen, einmal in der Parteigruppe des Rates über das Beauftragensystem und die Aufgaben des Rates zu diskutieren. Dabei wird sich wahrscheinlich herausstellen, daß der Rat selber seine politische Führungstätigkeit, in erster Linie seine Arbeit mit den gewählten Organen, mit den Kreistagsabgeordneten, den Abgeordnetengruppen, in den Wahlkreisen, den ständigen Kommissionen sowie mit den Gemeindevertretungen und Gemeinderäten verbessern muß. Besser als die Entgegennahme eines Berichtes von einem Beauftragten ist es nämlich, den Bericht einer Gemeindevertretung selbst anzuhören und zu diskutieren. Die Verantwortung für die Arbeit, mit den gewählten Volksvertretern, mit den Gemeindevertretern und Bürgermeistern trägt der Rat. Er kann sie nicht auf „Beauftragte“ übertragen.

Die Parteiorganisation sollte den Genossen Ratsmitgliedern ferner empfehlen, die Aufträge an seine Mitarbeiter nicht mehr so allgemein zu erteilen. Die Ergebnisse, die mit den gemischten Brigaden erreicht wurden, beweisen die Überlegenheit der Arbeit nach bestimmten von der Kreisleitung der Partei und dem Rat des Kreises festgelegten Schwerpunkten. Um einen zweckmäßigen und konzentrierten Einsatz aller Kräfte zu erreichen, sollte der Rat die Ergebnisse seiner Beratungen in den MTS-Bereichen, die Berichterstattungen vor dem Rat und vor dem Plenum des Kreistages und die Erfahrungen aus der Brigadenarbeit so auswerten, daß sie zur Grundlage für seine Aufträge an die verschiedenen Abteilungen und ihre Mitarbeiter werden. Das Ergebnis wäre ein qualifizierterer Einsatz der Kräfte auf den verschiedensten Gebieten bei gleichzeitiger Unterordnung unter die Hauptaufgabe.

Wie wichtig die politische Arbeit des Rates mit den Volksvertretern auch im Kreis Jüterbog ist, erkennt man daran, daß es hier noch 3 Kreistagsabgeordnete, 247 Gemeindevertreter und 10 Bürgermeister gibt, die werktätige Einzelbauern sind. In dem Gesetz über die örtlichen Organe der Staatsmacht vom 17. Januar 1957 heißt es, daß die örtlichen Volksvertretungen im Rahmen ihrer Aufgaben und Rechte den politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Aufbau des Sozialismus in ihrem Zuständigkeitsbereich leiten. Daß es noch eine ganze Anzahl von Volksvertretern gibt, die persönlich noch nicht bereit sind, den sozialistischen Weg zu beschreiten, hindert viele örtliche Volksvertretungen daran, ihre im Gesetz niedergelegte Aufgabe zu erfüllen. In der Gemeinde Z e u d e n gibt es z. B. eine solche Lage. Der Dorfwirtschaftsplan, der ja von der Gemeindevertretung beschlossen wurde, nennt als für 1958 anzustrebendes Ziel die Gründung einer LPG Typ I. In der Gemeindevertretung sitzen sechs werktätige Einzelbauern, unter ihnen auch der Genosse Völker.